Pressemitteilung

Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-679/687/683
Fax: 0711-2063-660
schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://www.bawue.gruene-fraktion.de

115/2005 Stuttgart, den 06.04.2005

Grüne: Einigung ist möglich

Boris Palmer: Wenn die Landesregierung unbedingt höhere KFZ-Steuern will, soll die Förderung des Rußfilters daran nicht scheitern

---

Trotz widersprüchlicher Darstellungen über den formalen Charakter der Behandlung des Vorschlags von Umwelt- und Verkehrsminister Stefan Mappus (CDU) zur steuerlichen Förderung des Rußfilters im Landeskabinett sehen die Grünen im Landtag nun eine rasche Einigung als möglich an. Der verkehrspolitische Sprecher Boris Palmer sagte, die Landesregierung habe nach zwei Jahren Untätigkeit den ersten ernsthaften Vorschlag zur Luftreinhaltung gemacht.

Im Unterschied zu Finanzminister Stratthaus, der eine steuerliche Förderung des Dieselrußfilters weiter ablehnt, ist die Landesregierung offenbar zu der Auffassung gelangt, dass auf dieses Instrument nicht verzichtet werden kann, wenn der Einbau von Filtern rasch vorankommen soll. Palmer: „Die Forderung des Finanzministers, die Fahrzeughersteller zum Einbau von Rußfiltern ab 1. Juli 2005 zu verpflichten, ist rechtlich unzulässig und würde wegen des Mangels an Filtern einem Produktionsstopp für viele Diesel-Modelle gleich kommen. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Landesregierung mehrheitlich die Position der Bundesregierung aufnimmt, die auf steuerliche Anreize setzt.“

Nachdem nun grundsätzlich Einigkeit herrscht, muss nach Auffassung der Grünen auch eine Verständigung über die Ausgestaltung der steuerlichen Förderung möglich sein. Sowohl Bund als auch Land wollen die Steuern für Dieselfahrzeuge mit Rußfiltern ermäßigen. Die Differenz beschränkt sich auf die Behandlung von Altfahrzeugen. Während die Bundesregierung argumentiert, die Steuerausfälle würden durch den wachsenden Anteil an Dieselfahrzeugen mit höherer KFZ-Steuer gegenüber Benzinern und das Auslaufen bisheriger Steuerbefreiungen für EURO 4-Fahrzeuge ausgeglichen, besteht die Landesregierung auf eingeplanten Mehreinnahmen aus der KFZ-Steuer. Sie will deshalb die Ermäßigungen für Dieselfahrzeuge mit Rußfilter durch eine Steuererhöhung für Fahrzeuge ohne Rußfilter ausgleichen.

Für Boris Palmer lässt sich diese Differenz überbrücken: „Wir sind zwar noch immer der Meinung, dass die Länder nach dem Modell der Bundesregierung keine Steuerausfälle haben werden, sondern nur auf Mehreinnahmen verzichten müssen. Wenn CDU und FDP im Land sich aber für eine reale Erhöhung der KFZ-Steuer einsetzen und dies zur Bedingung für eine steuerliche Förderung des Rußfilters machen, dann soll das nicht an uns scheitern. Das Angebot des Landes ist allemal besser als Blockade der Rußfilterförderung im Bundesrat. Allerdings müssen dann die Herren Oettinger und Goll den häufig ärmeren Besitzern von Altfahrzeugen erklären, warum sie nun mehr Steuern zahlen sollen. Der Vorschlag des Bundes würde diese Härte vermeiden.“